

Die Ratssitzung am 06.02.2020



Die erste Ratssitzung des Jahres hatte neben der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Hedwig Neven DuMont auch viele Beschlussvorlagen und Anträge auf der Tagesordnung. Die Anträge des schwarz-grünen Kooperationsbündnisses zu „Housing First“, zur Umgestaltung des Barbarossaplatzes und zum Max-Becker-Gelände in Ehrenfeld wurden mit breiten Mehrheiten beschlossen, ebenso die Änderungsanträge zu den olympischen und paraolympischen Spielen.

Zu Beginn der Sitzung wurde [Hedwig Neven DuMont](#) „in Würdigung ihrer Person und ihrer großen Verdienste um die Stadt Köln das Ehrenbürgerrecht der Stadt Köln“ verliehen. Wir GRÜNE haben uns dem Vorschlag der Oberbürgermeisterin selbstverständlich angeschlossen. Gerade ihr Engagement für den Verein „Amaro Kher e.V.“, der sich insbesondere der Unterstützung von Roma-Flüchtlingskindern annimmt hat uns überzeugt, sie damit zur zweiten Frau zu machen, welche die Ehrenbürgerwürde der Stadt Köln erhält.

Hektisch ging es dann bei der Zusammenstellung der Tagesordnung zu. Ein von der SPD und weiteren eingebrachter [Dringlichkeitsantrag](#) bzgl. einer Positionierung des Kölner Rates in Bezug auf die Geschehnisse im Thüringer Landtag tauchte unvermittelt auf. Auch in Köln besteht ein Einvernehmen darüber, dass wir keine Kooperation mit Rechtsextremen dulden! Die hat der Rat 2014 bereits bekräftigt.

Gestern hat dann die SPD eine Resolution kurzfristig, ohne Absprachen, ohne die Gelegenheit sich unter allen Demokraten miteinander zu beraten, während unserer Fraktionssitzung reingegeben. Mit der schlichten Frage, ob wir als Antragstellerin mitgehen wollen.

Unsere Antwort war: Wichtiges Anliegen, lässt es uns so machen wie wir es in Köln immer gemacht haben: Alle Demokraten zusammen. Eine weitere Reaktion gab es nicht und wir gingen selbstverständlich davon aus, dass die SPD unseren Einwand verstanden hat und wir alle gemeinsam beraten werden, wie wir es immer getan haben. Bei der Debatte um die Tagesordnung wurde der Antrag plötzlich aufgerufen, obwohl wir im #koelnrat in dieser Frage bisher niemals getrennt vorgegangen sind.

Ist das guter Stil? Nein. Trägt es dazu bei, eine klare Abgrenzung aller gegen Rechtsextreme hinzubekommen? Nein.

Wenn Thüringen uns eines gelehrt haben sollte, dann doch das:
Es braucht alle, die sich gegen Rechts stellen - gemeinsam.



Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Wohnungslosigkeit bekämpfen - Housing First in Köln umsetzen"



Wohnen ist ein Menschenrecht!

Mit unserem Antrag „[Wohnungslosigkeit bekämpfen-Housing First in Köln umsetzen](#)“ läuten wir zum einen den Paradigmenwechsel im bereits bestehenden Kölner Hilfeangebot für wohnungslose Menschen

ein, zum anderen setzen wir einen Grünen Herzenswunsch endlich um! Ergänzend zu der in Köln gelebten Praxis der Wohnungslosenhilfe, in der wohnungslose Menschen über verschiedene Angebote wie Notunterkünfte, betreute Wohngruppen etc. bei der Rückkehr in eigenen Wohnraum unterstützt werden, werden wohnungslose Menschen beim Housing First von Anfang an in sog. Normalwohnraum vermittelt. Zusätzlich dazu werden den Menschen persönliche, soziale und gesundheitliche Hilfen angeboten.

Mit dem Antrag soll ein dreijähriges Pilotprojekt in Köln entwickelt und wissenschaftlich begleitet werden, das dann hoffentlich verstetigt wird.

Zur Umsetzung wurden auf unsere Initiative hin dafür im Haushalt 2020/21 insgesamt 5,4 Mio. € bereitgestellt.

Der Antrag wurde einstimmig im Rat beschlossen. Großartig!

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Pauschalen zur Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung auskömmlich gestalten – Erstattungszeitraum ausweiten"



Da die SPD scheinbar keine Ideen für Köln hat, gibt es wieder mal einen [Resolutionsantrag](#) an das Land NRW, dieses Mal zur auskömmlichen Finanzierung der Kommunen bei der

Flüchtlingsunterbringung. Diese Forderung wurde bereits vom Städtetag NRW, der bekanntlich die Stimme der Städte in NRW ist, an das Land herangetragen, von daher hätte es nicht unbedingt dieser Resolution bedurft. Mit unserem, gemeinsam mit CDU, FDP und Ratsgruppe GUT gestellten [Änderungsantrag](#) schließen wir uns der Forderung des Städtetages NRW an, insbesondere soll auch den besonderen Kostenstrukturen der großen Städte und Metropolen Rechnung getragen werden, da die Unterbringung und Betreuung dort erwiesenermaßen teurer ist.

Die Anträge wurden zur weiteren Diskussion in den Ausschuss für Soziales und Senioren verwiesen.

Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Verzicht auf Jobcenter-Sanktionen bei ALG-II-Beziehern"



Auch der Linken gehen scheinbar die Ideen für Köln aus. Mit dem [Antrag „Verzicht auf Jobcenter-Sanktionen“](#) wird auch hier eine

Resolution, dieses Mal an die Bundesregierung, gerichtet, wonach künftig auf die Sanktionierung in den Jobcentern verzichtet werden soll. Wir GRÜNEN sind auch keine Befürwortende von Sanktionen und haben das auf [Bundesebene](#) schon deutlich zum Ausdruck gebracht (vielen Dank [Sven Lehmann](#)!). Und genau dort gehört das Thema auch hin, denn der Verzicht von Sanktionen kann nur über die Änderung eines Bundesgesetzes (Sozialgesetzbuch 2. Teil) beschlossen werden. Um aber den Umgang des Kölner

Jobcenters mit Sanktionen ausführlich zu diskutieren, haben wir den Antrag sehr gerne in den zuständigen Ausschuss für Soziales und Senioren verwiesen.

Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Umgestaltung Barbarossaplatz - Machbarkeitsstudie"



Dies ist nicht der erste Anlauf, diesen chaotischen Verkehrsknotenpunkt neu zu gestalten. Zuletzt 2011 im Rahmen der Planungswerkstatt „Kölner Ringstraßen“ hat sich ein interdisziplinäres Team daran versucht.

Nun wird es immer deutlicher, dass der öffentliche Nahverkehr und damit der Umweltverbund deutlich gestärkt werden müssen und damit auch der Barbarossaplatz endlich neu geordnet werden muss. Nicht nur die verkehrlichen Ost-West- und Nord-Süd-Verbindungen müssen neu geordnet werden, sondern auch die Aufenthaltsqualität des Barbarossaplatzes muss endlich in den Vordergrund rücken. Wir gehen davon aus, dass dies mit der beauftragten [Machbarkeitsstudie](#) endlich zur Umsetzung geführt werden kann.

Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Nutzung des Busbahnhofes Breslauer Platz für Fernbusse mit alternativen Betrieben"



Da ist sie wieder, die [Diskussion um den Haltepunkt von Fernbussen in der Kölner City](#). Alte Diskussion im neuen Gewand. Denn auch mit Elektroantrieb bleibt die unsinnige Verkehrsbelastung der Kölner Innenstadt durch die Busse. Wir stehen nach wie vor zu dem Haltepunkt am Köln/Bonner Flughafen mit der schnellen S-Bahnbindung in die City und der guten Infrastruktur vor Ort. Änderungsbedarf sehen wir im Moment nicht.

"Entwicklung des Max-Becker-Areals in Ehrenfeld"

Die Diskussionen um das Max-Becker-Gelände in Ehrenfeld haben wir auch im Stadtrat aufgenommen und einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht. Für uns GRÜNE ist klar, dass es im Herzen von Ehrenfeld bei der Umwandlung des bisherigen Schrottplatzes in ein Mischquartier ein geordnetes Verfahren braucht. Durch den von uns vorgeschlagenen vorgesetzten städtebaulichen Wettbewerb ist klar, dass es hier keine ungebremste Entwicklung geben kann, in der der Investor vorschreibt, was zu bauen ist. Wir wollen, dass dort Wohnen und Arbeiten, zusammen mit der kulturellen Nutzung und Grünflächen gemeinsam gedacht wird. Zusammen mit den städtischen Gesellschaften kann sichergestellt werden, dass dort auch die städtischen Interessen gewahrt bleiben. Mit den Stimmen von CDU, GRÜ-NEN, LINKEN und GUT und gegen die SPD wurde unser Dringlichkeitsantrag beschlossen.

Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung (Sustainable Urban Mobility Plan - SUMP) hier: Personal-, Finanz- und Zeitaufwand zur Erstellung eines SUMP

Mit der Erstellung einer nachhaltigen, urbanen und integrierten Mobilitätsplanung haben wir uns viel vorgenommen. Alle bestehenden Verkehrskonzepte kommen auf den Prüfstand und sollen sinnvoll miteinander verknüpft werden. Dies ist richtig. Darüber hinaus müssen natürlich neue Mobilitätsformen, wie z.B. „On demand Angebote“ integriert werden - und dies

alles unter dem Blickpunkt einer hochqualitativen und nachhaltigen Mobilität, die eine ausgewogene und integrierte Entwicklung aller Verkehrsmittel beinhaltet. Die regionale Zusammenarbeit muss dabei durch Kölns geographische Lage eine besondere Beachtung finden.

Und ganz wichtig: Ein [SUMP](#) umfasst nicht nur die weitgefächerte Erarbeitung eines städtischen Mobilitätskonzepts, sondern beinhaltet auch dessen Umsetzung und kontinuierliche Weiterentwicklung. Bleiben wir dran!

Ergänzung des Stadtbahnvertrags zur Übertragung der Federführung für die "Kapazitätserhöhung der Stadtbahnlinie 18



Wenn mehr Menschen mit dem öffentlichen Nahverkehr fahren, dann braucht es auch mehr Raum. Der Neubau von Strecken dauert leider immer noch sehr lange, deshalb ist es durchaus sinnvoll, einfach erstmal längere Bahnen dort einzusetzen, wo die Nachfrage schon jetzt hoch ist. [Genau dies soll jetzt geschehen](#). Die Bahnsteige werden dort, wo es notwendig ist, auf 60 m verlängert, damit 70 m lange Züge fahren können. Für die Linien 4 und 13 gibt es bereits den Beschluss und die Planungen; um die Synergien mit der Linie 18 zu nutzen, wird nun auch für diese der Einsatz längerer Züge mit mehr Kapazität geplant. Die Planung gleich auf 90 m lange Züge auszurichten, hätte zu einer erheblichen Zeitverzögerung geführt und wäre bei einigen Haltestellen sehr schwierig und teuer geworden, deshalb haben wir auf diesen Antrag verzichtet. Die Verkehrswende muss jetzt starten!

Aufbau eines On-Demand-Angebots als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot der KVB



Dieses durchaus sinnvolle und zu unterstützende Angebot wird in der [Vorlage](#) wie folgt beschrieben: „On-Demand-Verkehre sind grundsätzlich unabhängig von festen Routen und vorgegebenen Fahrplänen und werden auf Nachfrage der Fahrgäste durchgeführt. Dabei teilen sich mehrere Reisende ein Fahrzeug (Pooling) und werden vorzugsweise nach Buchung per App (eine telefonische Bestellung ist ebenfalls möglich) an einer bestehenden oder virtuellen Haltestelle abgeholt und zu ihrem Ziel gebracht. Ein Algorithmus kombiniert die Anfragen, bündelt ähnliche Fahrtwünsche, plant die optimalen Routen und berechnet die individuellen Fahr- und Ankunftszeiten, welche ebenfalls in der App dargestellt werden. Dieses bedarfsgesteuerte Angebot ergänzt und verbessert das bestehende, klassische ÖPNV-Angebot. Im Rahmen des Projektes sollen während der Pilotphase zunächst bis zu zehn Kleinbusse mit elektrischem Antrieb wochentags zur Feinerschließung von Quartieren und am Wochenende als Nacht-Shuttle eingesetzt werden.“ Schauen wir mal, ob nach drei Jahren Pilotphase klar ist, wie das so notwendige Kölner Busnetz am sinnvollsten ergänzt und ausgebaut werden muss. Auf jeden Fall macht es Sinn in die Feinverschließung zu gehen. Wir freuen uns auf das zusätzliche Busangebot!

Ordnungsbehördliche Verordnung für 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Tagen und Zeiten



Der Rat hat mit breiter Mehrheit 18 Sonntagsöffnungen für das Jahr 2020 beschlossen. Auch wurde die Empfehlung des Wirtschaftsausschusses beschlossen, der Ablehnung des Antrags der ABC Aktionsgemeinschaft „Advent in der Südstadt“ nicht zu folgen, sondern die Durchführung dieser Sonntagsöffnung für den

29.11. erneut zu überprüfen. Dies hat die grüne Fraktion im Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen. In der City finden Sonntagsöffnungen beim NRW-Tag, der Intermot-Messe und den Weihnachtsmärkten statt. Die übrigen 15 Öffnungen sind stadtteilbezogen. Die Sonntagsöffnungen für 2020 wurden im Einzelnen bewertet, um den grundgesetzlich verbrieften Sonntagsschutz und die höchstrichterliche Rechtsprechung nicht zu verletzen. Bekanntlich steht das von CDU/FDP im Landtag novellierte Ladenöffnungsgesetz dazu zum Teil im Widerspruch, was den Gewerkschaften immer wieder die erfolgreiche Abwehr von Sonntagsöffnungen durch Gerichtsbeschlüsse ermöglicht. Für sechs Sonntagsöffnungen in 2020 möchte ver.di auf Klagen vor Gericht verzichten. Den GRÜNEN ist die sorgfältige Abwägung zwischen Sonntagsschutz und dem Erwerbsinteresse des Einzelhandels wichtig.

Olympische und Paralympische Spiele 2032



Der Rat hat sich mit der privaten Initiative „Rhein Ruhr City“ befasst, die die [Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032](#) in NRW anstrebt. Köln sowie 13 anderen Städte sollen Austragungsorte der sportlichen Disziplinen werden. Die Projektidee hat nachhaltige Ziele. Es sollen zu 80 % bestehende Sportstätten ertüchtigt und genutzt werden. Darüber hinaus soll es temporäre Lösungen geben. Notwendige Neubauten sollen einen dauerhaften Mehrwert für die Bevölkerung bringen.

Der Rat hat die Initiative prinzipiell begrüßt und die Verwaltung beauftragt, sich strukturell auf die Unterstützung des Projektes vorzubereiten.

Die Ausrichtung von olympischen Spielen kann einen Entwicklungsschub für eine Stadt bedeuten. Positivbeispiele sind München, Barcelona und London. Negativbeispiele wie Rio oder Sotchi zeigen aber auch, wie die Ausrichtung dem Nachhaltigkeitsgedanken völlig zu wider laufen kann, u.a. durch Gigantismus und Umweltzerstörung.

Die „Initiative Rhein-Ruhr-City“ setzt andere Akzente: Nachhaltigkeit, umfassende Bürgerbeteiligung von Anfang an, Stärkung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur.

Wir Grüne sind dafür, den Ball aufzunehmen und uns wie die anderen Städte in der Region für einen Bewerbungsprozess bereitzuhalten. Voraussetzung für eine Bewerbung ist für uns, dass das Vorhaben von der Bevölkerung mitgetragen wird. Die Initiatoren müssen also halten, was sie versprechen.

Gemeinsam mit CDU und FDP haben wir als [Ergänzung](#) des Verwaltungsvorschlags beantragt:

- Vor einer finalen Entscheidung des DOSB für einen deutschen Bewerber wird ein Bürgerentscheid über die Bewerbung für die olympischen und paralympischen Spiele durchgeführt.
- Vor einer Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger ist transparent darzustellen, welche Kosten auf die Stadt Köln, das Land NRW und den Bund zukommen werden. Dies beinhaltet Neu- und Umbau von Sportstätten, weiterer Infrastruktur und alle sonstigen Bewerbungskosten.
- Bei einer möglichen Teilnahme der Stadt Köln bei den olympischen und paralympischen Spielen 2032 wird den Nachhaltigkeitskriterien der UN gefolgt.

Der Rat hat mit großer Mehrheit so beschlossen. Zunächst einmal entscheidet der Deutsche Olympische Sportbund, ob es zu einer deutschen Bewerbung für 2032 kommt.

Köln nimmt Geflüchtete aus den Auffanglagern in Griechenland auf

Die [Dringlichkeitsvorlage](#) der Oberbürgermeisterin, zusätzliche Plätze für Geflüchtete aus griechischen Auffanglagern bereitzustellen, begrüßen wir sehr! Angesichts der dramatischen Lage in den griechischen Flüchtlingslagern ist die Initiative genau das richtige Signal.



Jetzt sind das Land und der Bund in der Pflicht, entsprechende Schritte zur Aufnahme einzuleiten.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen (AFD hat die Abstimmung verschlafen).

Damit setzen wir in Köln konsequent unseren Weg als [Stadt des sicheren Hafens](#) fort. Stark!

-
- [Die komplette Tagesordnung der Ratssitzung inkl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer